



Von der Wette auf Bitcoins bis zum Turbinengeschäft der Siemens AG: alles gutes Geld!.....	1
Dreimal Deutschland – Afghanistan, zweimal zurück: Drei weihnachtliche Flugreisen mit patriotischem Bildungswert	2
Abgasversuche der Autoindustrie an Menschen und Affen: Eine kleine Skandal-Kunde.....	4
Der deutsche Mülltrenner	4

Von der Wette auf Bitcoins bis zum Turbinengeschäft der Siemens AG: alles gutes Geld!

Was haben Bitcoin-Futures, ein Jesus-Bildnis, Grundeigentum und Gasturbinen zur Stromerzeugung nebeneinander im Wirtschaftsteil der Zeitung verloren? Mit allen wird im Kapitalismus Geld verdient, je nach Lage der Dinge sogar enorm viel.

Dank der privaten Spinnerei, laut der die Menschheit eine Währung braucht, die auskommt ohne staatliches Garantiesubjekt und ohne Banken, die alles ihnen anvertraute und durch ihre Hände laufende Geld für ihre spekulativen Geschäfte hernehmen, ist die Welt heute reicher um einen mit ganz viel computertechnischem Know-how entwickelten, mit Rechenleistung und Netzwerktechnik kombinierten und hochgradig verschlüsselten Datenhaufen namens **Bitcoin**. Dass das Kryptogeld dazu erfunden worden ist, um die etablierten Finanzjongleure aus seiner Zirkulation auszumischen, hält die kein bisschen davon ab, diese Konstruktion für ein hochinteressantes Objekt ihrer angestammten Geschäfte zu halten: Die Coins, deren einzige ‚ökonomische‘ Beglaubigung in der Zuverlässigkeit von Verschlüsselungsverfahren und im Willen besteht, sich darauf einzulassen, sollen ja erstens nichts anderes als irgendjemandes Zahlungsfähigkeit repräsentieren. Zweitens existiert ihr ‚Wert‘ überhaupt nur in einem Preis-Verhältnis zu den von den Bitcoin-Erfindern so verschmähten echten Geldern, in denen sich Zahlungsfähigkeit ansonsten zu bemessen pflegt. Weil sie daher drittens ihren Preis alleine durch das geldwerte Vertrauen von Händlern und das Verhältnis von Angebot und Nachfrage *verpasst* bekommen, setzen inzwischen Investoren darauf, möglichst als erste bei einem Preis zuzuschlagen, der fortan dadurch steigt, dass sich genügend investitionsfreudige Interessenten finden, die genau dasselbe tun. So bestätigt sich die *Antizipation des Herdenverhaltens* risikofreudiger Finanzmarktakteure selbst: Ihre investierten Vermögen vermehren sich im Maß der von ihnen hergestellten Kursentwicklung – und zwar nach Lage der Dinge recht ordentlich. Und weil auch ein Bitcoin-Kurs die wunderbare Eigenart besitzt, sich – und der Natur der Sache gemäß: recht heftig – zu bewegen, ist das Interesse der seriösen Banken und Börsen geweckt, die die *Volatilität selber* zum Stoff einer Finanzwette machen: Mit der dem Future-Geschäft ganz eigenen Spekulation auf das Fallen oder Steigen des Bitcoin-Kurses lässt sich der Reichtum, auf den es hierzulande ankommt, hervorragend vermehren – man muss nur mit dem nötigen Kleingeld auf die ‚richtige‘ Seite tippen.

Am **Kunstmarkt** jagt ein Rekordverkauf den nächsten. Auch in der Sphäre des Geschmacks, der Kultur und Repräsentation gilt selbstverständlich das Prinzip ökonomischer Vernunft, dass alles einen Preis hat – und zwar in einer Weise, die den Kunst- vom Bitcoin-Handel in der entscheidenden Hinsicht nicht wirklich unterscheidet: Dass der Verkauf von Leonardo da Vincis *Salvator Mundi* für 450 Millionen Dollar den Kunstmarkt ‚elektrisiert‘, ist Spekulantendeutsch für die frohe Botschaft, dass die Spekulation auf die künftige Spekulation aller anderen Investoren eine prima Geldquelle ist – was so lange stimmt, wie eine

wachsende Summe Geld in den Markt drängt.

In den Metropolen rund um den Globus boomt der Markt für **Immobilien**, also für die Bedingung des gesellschaftlichen Lebens, das nun mal auf einem Flecken Erde stattfindet. Worauf sich das Interesse von Investoren hier stürzt, ist die Errungenschaft, für das Überlassen von Grund und Boden immer wieder einen Preis zu verlangen, schlicht, weil Grundeigentümer das Recht dazu haben, für diesen großartigen Dienst am elementaren Bedarf nach Wohn- und Geschäftsraum selbigem fortwährend Geld abzupressen. Das hat dem Immobilienmarkt das zweifelhafte Lob eingetragen, im Unterschied zu Bitcoin und Co grundsollide zu sein. Zu dieser schönen Sitte gesellt sich die einleuchtende Rechnung, dass da, wo regelmäßig ein Preis fällig ist, dieser nicht einfach verlangt und gezahlt, sondern ‚abgeworfen‘ wird – von dem *Immobilienwert* nämlich, der damit in der Welt ist. Und wo Werte sind, da bleibt eine *Wertentwicklung* nicht aus, auf die sich – na bitte – herrlich spekulieren lässt. Nach dem Motto, einkaufen, Wertsteigerung mitnehmen und verkaufen, bevor ‚die Blase platzt‘, lässt sich auch hier hervorragend Reichtum scheffeln – mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, dass der Boom des Immobilienmarktes für die gewöhnlichen ‚Marktteilnehmer‘ einschließt, aus ihren Einkommen ständig steigende Mieten oder Grundstückspreise bezahlen zu müssen und am Ende mit ihrem Wohnbedarf an den Wachstumsansprüchen ‚des Marktes‘ zu scheitern.

Am boomenden Aktienmarkt präsentiert sich mit Siemens ein hochgelobtes Prachtexemplar der deutschen **Industrie**, im Unterschied zu Bitcoins und alten Gemälden also ein Stück **Realwirtschaft**, in der durch die zweckmäßige Kombination von Arbeit und modernster Fertigungstechnik all das nützliche Zeug hergestellt wird, von dem die Gesellschaft lebt. In ihrer an Aktionäre gerichteten Darstellung bisheriger und angepeilter Geschäftserfolge stellt die Firmenleitung klar, wie sich der maßgebliche Nutzen bemisst, den sie erarbeiten lässt:

„Um unseren Unternehmenswert zu steigern, setzen wir unser finanzielles Zielsystem konsequent um. Damit wollen wir stets unser Ziel für Kapitaleffizienz – einen ROCE-Wert [Return On Capital Employed] von 15 bis 20 % – erreichen. Unser Wachstum soll über dem unserer wesentlichen Wettbewerber liegen.“
(Siemens Vision 2020)

Siemens ist über den Gewinn als letzten Zweck und Erfolgsmaßstab seiner Produktion und seiner Produkte hinaus. In seinem Zielsystem ist der *Unternehmenswert*, der in der Multiplikation des Werts der Aktien mit deren Anzahl besteht, die entscheidende Größe: sein *Erfolg als Objekt der Börsenspekulation der eigentliche Daseinszweck*. Der Gewinn, den die Firma erwirtschaftet, ist das Mittel dafür; und zwar nicht der vergangene oder gegenwärtige Gewinn, wie groß auch immer der sein mag; der taugt allenfalls als Indikator dafür, was künftig an Gewinnwachstum zu erwarten ist. Das eigentliche Argument für die Unternehmensbewertung durch Spekulanten,

VORTRAG & DISKUSSION

Die EU in Zeiten von „America first!“:

Das Konkurrenzprojekt „Europa“ in der Krise

Referent: Ein Redakteur der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT

Veranstalter: farbeROT

FRANKFURT: Mittwoch, 2. Mai 2018, 19 Uhr
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
nähe HBF, Zugang über den Hof

„Europa kann sich auf Amerika unter Trump nicht mehr wie früher verlassen!“

„Europa muss sein Schicksal endlich mehr in die eigenen Hände nehmen!“

„Europa muss für eine gemeinsame Weltordnung und eine offene Weltwirtschaft eintreten!“

„Europa muss seinen Zusammenhalt und seine Friedensordnung gegen alle Spaltungsversuche von außen bewahren.“ – „Nur gemeinsam ist Europa stark!“

„Europa muss gegen die weltweite Tendenz zu nationalem Egoismus und Abschottung zusammenstehen und dafür endlich den Fortschritt zu einer wirklichen Staatenunion machen!“

Und so weiter und so fort.

Das sind die gängigen Sprachregelungen der pro-europäischen Mehrheit der herrschenden Politik im Lande. Sie haben den Vorteil größter Eindeutigkeit – bezüglich der Parteinahme für „Europa“ nämlich, von der sie ganz selbstverständlich ausgehen. Ein paar Fragen werfen sie aber auch auf:

- Wenn auf Amerika „kein Verlass mehr“ ist, weil Trump droht, Regeln zu kündigen, die seiner Meinung nach Europa einseitig nutzen und Amerika schaden: Liegt Trump mit seiner Bilanz dann eigentlich gleich völlig daneben, und gehen dann die Konsequenzen in Ordnung, die Europas Führungsmächte daraus ziehen?
- Worin besteht eigentlich das „Schicksal Europas“, wenn sein bisheriger Gang durch eine gegen die bestehende Weltwirtschaft und ihre Geschäftsordnung gerichtete nationale Standortinitiative Trumps so nachhaltig gefährdet wird?
- Was meint eigentlich der Vorwurf „nationaler Egoismus“ in Richtung USA aus dem Munde derer, die ihr Volk tagein tagaus darauf ein schwören, dass Deutschland seine führende Stellung in der Weltwirtschaft behalten und im Innern wie Äußern für die entsprechenden Bedingungen sorgen muss?
- Kann man über die so segensreichen „verbindlichen Regeln der Weltwirtschaft“ auch noch erfahren, was für eine

Sorte Weltwirtschaft sie eigentlich wie regeln? Und was ihre allgemeine Verbindlichkeit mit dem überhaupt nicht allgemeinen Nutzen zu tun hat, der sich bei manchen Staaten, wie z.B. Deutschland, einstellt, bei vielen anderen aber so hartnäckig ausbleibt?

- Wie kann es eigentlich sein, dass Frieden und Zusammenhalt in der europäischen Staatengemeinschaft durch Spaltungstendenzen gefährdet sind, die immer bloß von außen kommen sollen?
- Warum also „muss Europa endlich“, mit Blick auf Trumps USA, aber auch auf Putins Russland und China, entscheidende „Fortschritte“ machen, und welche eigentlich – gegen alle Einsprüche, die es in Europa ja ganz unübersehbar reichlich gibt?

Unsere zentrale These dazu lautet: Wenn die Zuständigen der europäischen Führungsmacht Deutschland angesichts von Trumps ‚America first‘-Politik eine Besinnung auf „gemeinsame Interessen und die Verantwortung Europas für die Welt“, also die neue Dringlichkeit des europäischen Zusammenhalts beschwören – dann nehmen sie mit ihrem Projekt ‚vereintes Europa‘ Maß an der Vormacht der USA und sehen sich herausgefordert, den von ihnen geführten Staatenblock als Waffe für die Konkurrenz gegen die amerikanische Weltmacht voranzubringen.

Eintritt frei!

die Anrechtstitel auf Dividenden kaufen sollen, um an deren Wertsteigerung zu verdienen, ist die Aussicht auf eine ordentliche *zukünftige Profitrate*. Deren Höhe legt die Firmenleitung deshalb schon vorweg in einer Größenordnung fest, die sich in der globalen Konkurrenz ums Geld von Investoren sehen lassen kann. Dass Siemens dabei *selber* dem eigenen Betrieb gegenüber den Standpunkt des Finanzinvestors einnimmt und ausübt, erklärt der Konzernchef ein ums andere Mal:

„Auch wir haben Teile, die von der Börse mit denselben Multiplikatoren bewertet werden wie Apple oder Google. Die digitale Fabrik und die Gesundheitstechnik etwa, beides supercool. In

der puren Börsenlogik hieße das: Nehmt die beiden Sachen raus, der große Rest ist eine riesige Beschäftigungsgesellschaft. So reden einige Leute am Kapitalmarkt. Wir aber nicht.“
(Kaeser in der FAS, 31.12.17)

Genau diese „pure Börsenlogik“ wendet Kaeser auf seinen Betrieb an, wenn er sich vorbehält, die AG als Anlageobjekt noch attraktiver zu machen, als es ihre „supercoolen“ Sparten jetzt schon sind:

„Man muss wissen, dass Investoren es sehr schätzen würden, nicht nur in einen breiten, stabilen Mischkonzern investieren zu können, sondern auch gezielter in einzelne spezifische

Siemens-Geschäfte. Ich kann mir also durchaus eine Zukunft vorstellen, wo wir Anlegern die Möglichkeit geben, nicht nur in ein Unternehmen Siemens Healthineers oder Siemens Gamesa Erneuerbare Energien gezielt zu investieren, sondern auch in ein leistungsstarkes digitales Industrieunternehmen. Und wer die Sicherheit eines starken Mischkonzerns mit geringer Volatilität und robuster Dividendenrendite schätzt, kann in die konsolidierende Einheit investieren... Für mich ist eben eine an die Börse gebrachte Sparte mit Mehrheitsbeteiligung immer noch ein Teil von Siemens. Es ist nur eine andere Art, seine Geschäfte zu führen: indirekt statt direkt, aber fokussiert, statt alles über einen Kamm zu scheren.“

(Kaeser in Euro am Sonntag, 20.2.17)

Der Siemens-Chef macht den Finanzinvestoren der Welt mit einer Bandbreite an selbstständigen Betriebsabteilungen und zusätzlich dazu mit dem konsolidierten Gesamtkonzern, dem diese ausgegliederten Einheiten mehrheitlich gehören, ein Angebot für jeden spekulativen Bedarf. Insofern sind die

verschiedenen Sparten, von der Gasturbinenfertigung bis zur digitalen Fabrik, genauso wie der Gesamtkonzern ein und dasselbe: *Vehikel* für die Konstruktion von *spekulativen Geldquellen*, die sich nur noch durch die jeweilige Kombination von Sicherheit und Rendite unterscheiden – im Prinzip nicht anders als im Fall Bitcoin und Leonardos Jesus.

Einen Unterschied gibt es allerdings schon: Das Management hat mit der Verfügung über ein Betriebskapital die *Macht*, den Arbeitsablauf verschiedener Produktionsprozesse zu *kommandieren*. Gemäß der unbestechlichen *Logik*, dass die aktuelle Bewertung des Unternehmens eine Frage der Kapitaleffizienz von morgen ist, trimmt die Unternehmensführung den Mischkonzern in allen Abteilungen auf das vorgegebene Renditeziel, dem diese dadurch gerecht zu werden haben, dass sie die globale Konkurrenz um den profitbringenden Absatz ihrer Produkte jetzt und in Zukunft dominieren. Dafür wird die Produktion in zusätzlichen Sparten eröffnet und in den bestehenden immerfort umgewälzt,

ausgeweitet oder auch eingeschränkt – all das gemäß der goldenen Regel, jeden Kapitalaufwand durch die möglichst *billige* und bis zur *„Volllast“* ausgereizte, *intensive und extensive Indienstnahme der Arbeitsleistung* der *„Siemensianer“* unschlagbar rentabel zu machen. Wo sich trotz der ausgiebigen Berücksichtigung der Kriterien marktwirtschaftlicher Vernunft die globale Konkurrenz nicht in dem Maße beherrschen lässt, dass hinten sichere 15 bis 20 % rauskommen, werden Sparten *„abgestoßen“* – und das Einkommen der daran hängenden *„Mitarbeiter“* gleich mit. Die haben ihr Auskommen eben einzig und allein dadurch, dass und solange sich ihre bezahlte Arbeit in allen Abteilungen der AG als Mittel einer so effektiven Kapitalproduktivität bewährt, dass möglichst alle sowohl auf Sicherheit als auch auf Rendite bedachten Investoren Siemens bei ihrer Bereicherung einplanen.

*

Vom Bitcoin bis zur Industriebeteiligung wird alles unter ein und dasselbe Urteil subsumiert und nach den Kriterien erwarteter

Dreimal Deutschland – Afghanistan, zweimal zurück: Drei weihnachtliche Flugreisen mit patriotischem Bildungswert

Den ersten Flug absolviert die deutsche Verteidigungsministerin. Im Feldlager des afghanischen Bundeswehrkontingents inszeniert man ein bisschen heimatliche Weihnacht zwischen Glühweinbuden und Weihnachtsbaum, und die christlich-demokratische Chefin des deutschen Kriegsapparates stimmt vor versammelter Presse zusammen mit ihrer Truppe die fälligen Lieder an. Das kommt gut an bei den Soldaten, deren Bedürfnis nach Anerkennung die Dienstherren wunderbar bedient, wenn sie mit ihrem festtäglichen Besuch die Bedeutung ihres Einsatzes an der Front – und überhaupt die Bedeutung „unserer“ Bundeswehr – würdigt und sich persönlich für ein paar Stunden unter die Truppe mischt. Aber wenn es nur um die gegangen wäre, hätte man im Heimatland davon gar nichts mitkriegen müssen, wie von der Leyen in einem Feldlager für ein paar Stunden den unverbrüchlichen Zusammenhalt von politischer Führung und uniformierten Befehlsempfängern inszeniert; der eigentliche Adressat dieses Auftritts war ihr Volk an der Heimatfront.

Das darf sich anlässlich der Inszenierung nämlich erstens darauf aufmerksam machen lassen, welche gemessen an allen sonst üblichen menschlich-moralischen und bürgerlich-zivilen Maßstäben besonders schwere Last unsere Truppen dahinten auf sich nehmen. Dieses schwere Los soll es zweitens ganz unter dem Gesichtspunkt der hervorragenden *Gesinnung* betrachten, mit der die Truppen es meistern, woraus sich drittens ohne jeden Blick auf die politischen Zwecke, denen sie dienen, ergibt, dass sich *deren* Kritik verbietet, wenn man unseren Kriegern nicht die Ehre abschneiden will. Was wie von selbst auf beiden Seiten der Gleichung viertens die Honorigkeit der Befehlshaber einschließt. Und jedem, der will, bietet von der Leyen an, sich die wechselseitige Adelpung von aufopferungsbereiten Kriegshandwerkern, Kriegszweck und Kriegsherrin auch noch an nicht näher benannten Wohltaten fürs afghanische Volk zu bebildern: *„Sie machen einen Unterschied in diesem Land, Sie machen einen Unterschied für die Afghanen ...“* Diesen Unterschied erwähnt sie aber nur, um die Lüge, der deutsche Kriegseinsatz in Afghanistan wäre eine humanistische Hilfsaktion für das afghanische Volk, dahingehend zu verlängern, dass der Truppeneinsatz eine ganz anders gartete Hilfsaktion für ein ganz anderes Volk darstellt: *„... aber sie machen auch einen Unterschied für die Sicherheit zu Hause.“* (Von der Leyen, Welt online, 18.12.17)

Diesen *„Unterschied für die Sicherheit zu Hause“* kann man heutzutage erstens gar nicht oft genug betonen. Denn die politische Konkurrenz in Deutschland hat die jahrelang gepflegte Story von den bewaffneten Brunnenbohrern, Frauenbefreiern und Entwick-

lungshelfern schon längst aufgegriffen und gegen die regierenden Parteien gekehrt und erntet damit viel zu viel Beifall beim Volk: Sie beschuldigt die „Altparteien“, deutsches Militär für das Wohl fremder Völker und Mächte zu missbrauchen, statt es an den deutschen Staatsgrenzen für die Sicherheit des deutschen Volkes *vor* Afghanen und anderen Flüchtlingen einzusetzen.

*

Wie die offizielle Aktualisierung des Spruches *„unsere Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“* genau zu verstehen ist, beweist die Bundesregierung zur Weihnachtszeit darum auch gleich noch praktisch: In einem zweiten regierungsseitig gecharterten Flugzeug von Deutschland nach Afghanistan sitzen zwei Handvoll abgeschobener Flüchtlinge, die zum Beweis der Entschlossenheit der deutschen Führung für die Sicherheit des deutschen Volkes *vor* Afghanen und anderen Flüchtlingen einzusetzen.

*

Ein dritter Flug bringt den deutschen Außenminister nach Afghanistan, denn auch er hat vor, sich um die rechte Wahrnehmung der deutschen Afghanistanpolitik im Dienste der deutschen Abschiebepolitik zu kümmern. Gabriel betrachtet das Land aus dem Flugzeug und richtet eine Frage an sein Volk, die in ihrem Tiefsinn dem Weihnachtsfest angemessen ist und zugleich mit ihrer eigenen Antwort die erste wichtige Botschaft Gabriels an sein Volk enthält: *„Wie viel Glück haben wir in Deutschland? Wie viele Probleme machen wir uns selber? Gemessen an den unglaublichen Herausforderungen für die Menschen hier?!“* Die Lage in Afghanistan sagt ihm alles – nämlich über Deutschland und die Lage der Deutschen, die in letzter Zeit bekanntlich geradezu penetrant unzufrieden sind mit den vergleichsweise glücklichen Verhältnissen zuhause und vor allem mit ihren angestammten christ- und sozialdemokratischen Führern. Und weil klar ist, dass diese *deutsche* Idylle natürlich nicht für Fremde gedacht ist, die aus ihrer Hölle am Hindukusch entkommen wollen, bereitet Gabriel die Lage in Afghanistan auch Sorgen, vor allem nämlich die, *„ob Deutschland weiterhin Afghanen zurück in ihre Heimat abschieben kann“* (BILD, 20.12.17).

Und siehe da: Es kann! So lautet die zweite wichtige Botschaft Gabriels an seine lieben Deutschen, bei deren Übermittlung er ohne falsche Bescheidenheit klarmacht, wem sie das zu verdanken haben. Er baut sich als

außenpolitischer Macher auf und sichert dem Chef dessen, was sie dort Regierung nennen, die Unterstützung Deutschlands bei der *„Stabilisierung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes“* zu. Dabei demonstriert Gabriel im Umgang mit seinen *„Partnern“* vor Ort den Deutschen daheim, dass sie es als Wahrnehmung ihres Rechts auf ein Mindestmaß an Ordnung in dem chaotischen afghanischen Laden verstehen dürfen, wenn er mehr *„Anstrengungen für Recht und Frieden“* fordert und den Tagesbefehl ausgibt, *„in den Reformbemühungen nicht nachzulassen“*. Nun wüsste Gabriel ganz sicher nicht zu benennen, was die nicht näher genannten Reformbemühungen an dem offensichtlich nicht vorhandenen afghanischen Staat eigentlich *„reformieren“* sollten. Er weiß etwas anderes dafür aber umso genauer, und das teilt er auch mit: Was deutsche Soldaten zu *„stabilisieren“* haben, ist eine *„Entwicklung“*, die der Mannschaft in Kabul keine Ausflüchte dafür lässt, den an sie aus Deutschland ergehenden *Auftrag* zur Rücknahme der menschlichen Last westlicher Kriegsführung umzusetzen. So macht der Außenminister seinem an Überfremdung leidenden und völkisch aufgehetzten Volk ein schönes Weihnachtsgeschenk und – das ist das allerschönste daran – allen deutschen Humanisten in kosmopolitischer Helferstimme gleich mit: Er kümmert sich vor Ort glaubwürdig darum, dass die Lage in Afghanistan auch weiterhin Abschiebungen zulässt, die mit dem guten deutschen Gewissen nicht nur zu vereinbaren sind, sondern die dieses Gewissen eigentlich sogar fordert. So bedient Gabriel, während Seehofer und Co noch darauf beharren, dass wenigstens integrationsunwillige *„Straftäter und Gefährder“* gefälligst ganz schnell abgeschoben werden, den Bedarf nach Afghanen-Abschiebungen ein paar Stufen höher auf der nach oben offenen Heuchel-Skala: *„Die afghanische Regierung bittet dringend darum, keine Anreize für gut ausgebildete Afghanen zu schaffen, ins Ausland zu gehen, erklärt Gabriel nach dem Gespräch. Sie werden dringend in Afghanistan gebraucht, um das Land wieder aufzubauen.“* (Ebd.) Auf diesen Doppelschmerz muss man erst einmal kommen: Der *„Regierung“*, die nach Aussagen der eigenen Ministerkollegin ohne die Präsenz ausländischer Truppen noch nicht einmal in der Hauptstadt geschweige denn in den restlichen Landesteilen den Schein von durchsetzungsfähiger Ordnungsgewalt aufrechterhalten könnte, sagt er als drängendstes Problem einen Fachkräftemangel nach – das Problem kennt man ja von daheim –, um die deutsche Abschiebepolitik dorthin kurzerhand als Beitrag zur Lösung dieses aparten Problems zu präsentieren. Wenn Deutschland permanent seine Flüchtlingspolitik verschärft und auf die immer bessere Sicherung der EU-Außengrenzen dringt, dann bekämpft es nicht *einfach* die unerwünschten Flüchtlinge – so dürfen es

Sicherheit und Rendite *als Anlageobjekt* in Augenschein genommen. Zur Vermehrung ihres und des von ihnen verwalteten Geldreichtums der Gesellschaft schichten die Finanzmarktakteure ihre Vermögen beständig um, vergleichen die Kapitalqualität verschiedenster Investments, spekulieren auf deren Zukunft, ziehen das Geld bei Bedarf auch wieder ab, um es gleich in das nächste Anlageobjekt zu stecken, und stellen *damit* beständig das maßgebliche Urteil über den ökonomischen Nutzen und die Zukunftsaussichten eines jeden Vehikels ihrer Spekulation her. Die überwiegende Mehrheit, die sich daran aus Mangel an Vermögen nicht beteiligt, geht all das nichts an – einerseits. Andererseits ist sie in ihrer Eigenschaft als Mieter, Häuslebauer, lohnabhängige Dienstkraft, Konsument, Sparer usw. als *nützliches Anhängsel verplant* für die Haltbarkeit der unzähligen Renditeerwartungen von Finanzinvestoren und daher praktisch immerzu von deren Anlageentscheidungen betroffen. ◀

freilich alle Fremdenhasser sehen –, sondern sorgt dafür, dass jeder abgeschobene Flüchtling dazu beitragen kann, *„die unglaublichen Herausforderungen für die Menschen vor Ort“* zu meistern; es eliminiert so ja schließlich falsche Fluchtanreize für tatkräftige junge Leute, die bisher meinten, sie hätten eine – wenn gleich auch lebensgefährliche – Chance dem Bürgerkriegselend zu entfliehen, statt sich für die *„wirtschaftliche Entwicklung des Landes“* nützlich zu machen.

Ein paar Tage später bietet ein Bombenanschlag auf ein Medienzentrum mit 40 Toten, der Afghanistan im Ranking der gefährlichsten Länder der Welt etliche Plätze nach vorn katapultiert, Gabriel den passenden Anlass zur Verknüpfung alter und neuer Lügen auf wertemäßig höchstem Niveau: *„Dieser heimtückische Terror richtet sich gegen Bildung, gegen freie Medien und gegen jeden Menschen, der eigenständig denkt und entscheidet. Die Absicht dahinter ist, Zwietracht und Unruhe in die afghanische Gesellschaft zu bringen. Diese böse Saat darf nicht aufgehen. Wir stehen weiter an der Seite Afghanistans und werden in unserem Engagement nicht nachlassen.“* Der Minister will entdeckt haben, dass die Absicht dieser Aktion gewesen sei, *„Zwietracht und Unruhe in die afghanische Gesellschaft zu bringen“*, so als ob dieses Land ein im Prinzip haltbares, perspektivisch funktionierendes, nur im Moment noch in einer frühen Aufbauphase befindliches, darum einstweilen ziemlich unruhiges Gemeinwesen wäre. Er tut so, als bestünde Afghanistan nach fast vierzig Jahren Bürger- und über fünfzehn Jahren NATO-Krieg noch aus etwas anderem als den bewaffneten Auseinandersetzungen von soundso vielen ethnisch-religiös definierten Gruppierungen und ihren jeweiligen ausländischen Unterstützermächten. Dass es dieser vom Westen seit Jahrzehnten teils von außen unterstützte, teils mit eigener massiver Intervention selbst geführte Krieg ist, der von einer funktionierenden Staatsgewalt nichts, von irgendwelchen Überlebensmöglichkeiten so wenig übriggelassen hat, dass jeder abhauen will, der es kann, muss man nur umgekehrt sehen – und schon passt alles wunderschön zusammen: *„Wir“* verteidigen *dort* für *„uns“* und stellvertretend für alle afghanischen Witwen und Waisen unsere westlichen Höchstwerte Presse- und Meinungsfreiheit mit der dafür nötigen, also darum zweifellos legitimen Gewalt gegen die Feindschaft abgrundtief böser Terroristen – nicht zuletzt damit das empfindsame deutsche Volk *hier* von dem Menschenschrott verschont bleibt, der bei so etwas, allen edlen Motiven deutscher Kriegsführung zum Trotz, leider immer anfällt. ◀

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-18

Deutsche Sorgen nach innen und außen:

Die demokratischen Ansprüche und Nöte bei der Bildung einer deutschen Regierung ...

Anfang März sagt die SPD-Basis schließlich „ja“ zur Fortsetzung der dritten Auflage der „GroKo“ – und beendet damit vorläufig nicht nur ein weiteres Kapitel parteipolitischer Drangsale für die SPD. Denn obwohl der deutsche Wähler in gewohnter Manier allen linken Experimenten am Wahlsonntag eine Absage erteilt hat, hat er den üblichen Abonnenten auf sein erzpatriotisches Vertrauen die „Regierungsbildung“ diesmal arg „erschwert“. Mit der massenhaften Zustimmung zur AfD, der massenhaften Verweigerung seiner Stimme für die Regierungsparteien und für die traditionsreiche Sozialdemokratie im Besonderen, hat er die etablierten Parteien zum öffentlich inszenierten Richtungstreit herausgefordert. Wegen des Erfolgs der rechten Konkurrenz üben sie sich in der Selbstkritik, es nicht ordentlich geschafft zu haben, sich als berufener Anwalt der Sorgen der Regierten präsentiert zu haben und deren Unzufriedenheit mit den Regierenden in ihre Beauftragung zum Regieren, zur Machtausübung über die Unzufriedenen zu überführen. Höhepunkt ist das wochenlang aufgeführte Hin und Her der SPD zwischen glaubwürdiger Besinnung auf ihren volksnah-oppositionellen Geist und dessen Vereinbarkeit mit der ‚Verpflichtung zur Übernahme nationaler Verantwortung‘, also ihrer Beteiligung an der Regierungsmacht. Jetzt hat der Wähler „endlich“, bekommen was *ihm* versprochen wurde und was *Deutschland* braucht: eine unanfechtbar legitimierte, nach innen souveräne, ‚handlungsfähige‘ Regierung.

... und ihre Ansprüche und Nöte im Hinblick auf ihr imperialistisches Projekt Europa und seine neue amerikanische Infragestellung

Die ist, glaubt man den politisch Verantwortlichen und den verantwortlich denkenden Wortführern der öffentlichen Meinung, auch bitter nötig: Europa leidet nach Auskunft der deutschen Verantwortlichen und Öffentlichkeit nämlich erstens an wachsenden nationalen Vorbehalten und Egoismen, die die deutsche Führungsmacht herausfordern. Diese Beschwörung der Notwendigkeit und zugleich Not, die beteiligten Nationen zu mehr Haushaltsdisziplin und nationalem Souveränitätsverzicht im Dienste der Gemeinschaft zu nötigen, ist gleichermaßen ein Eingeständnis, wie es um das Versprechen allseitigen ökonomischen und Macht-Fortschritts im ‚gemeinsamen Europa‘ steht, wie ein Bekenntnis zum Anspruch Deutschlands, Europa unter deutscher Führung gegen alle Vorbehalte der geschädigten Mitgliedsnationen als ökonomische und politische Macht voranzubringen.

Das ist nach öffentlichem Dafürhalten angesichts der globalen ‚Herausforderungen‘, ‚Verunsicherungen‘ und ‚Zerstörungen‘ der ‚internationalen Ordnung‘, die seit Donald Trump drohen, jetzt erst recht ebenso schwierig wie unerlässlich. Der amerikanische Präsident wird beschuldigt, er zerstöre mit seinem „America first!“, mit seinem Beharren auf machtvollen Korrekturen der internationalen Konkurrenz und auf konkurrenzlos überlegener amerikanischer Macht eine allgemein gültige und nützliche internationale Geschäftsordnung aus amerikanischem Mutwillen; und geschlossen wird aus dieser amerikanischen ‚Herausforderung‘ umstandslos, Europa könne sich für die Betätigung seiner ökonomischen und politischen Interessen insofern nicht mehr auf Amerika verlassen, dürfe sich diese Bestreitung seiner legitimen Ansprüche keinesfalls gefallen lassen, müsse deren Verteidigung selbst in die Hand nehmen und sich endlich zu mehr eigenständiger Ordnungsmachtentfaltung

entschließen und befähigen. Damit geben Europas Macher und Befürworter nicht nur zu Protokoll, dass Trump ihnen die bisherige von der amerikanischen Vormacht garantierte Grundlage ihrer eigenen Konkurrenzanstrengungen in und mit Europa aufkündigt. Sie geben auch Auskunft darüber, gegen wen diese Anstrengungen gerichtet sind: dass ihr Projekt Europa, das sie auf dieser von den USA garantierten Grundlage eines freien Weltmarkts und einer gemeinsamen westlichen Bündnispartnerschaft vorangebracht haben, von Anfang an ein anti-amerikanisches Konkurrenzprogramm europäischer Mächte war und ist, die mit ihren jeweiligen nationalen Potenzen zur Behauptung gegenüber den USA zu schwach, also unzufrieden waren und sind. An der Frage, wie sie mit der praktischen Kündigung ihrer imperialistischen Geschäftsgrundlage durch die USA fertig werden, ob und wie Europa gegen Amerika seinen ökonomischen Erfolg sichern und vor allem ob und wie es sich als politischer Garant und Schutzmacht seiner globalen Konkurrenzinteressen gegen Amerika zur Geltung bringen kann, daran arbeiten sich Führungs- wie Mitmacherstaaten in der EU jetzt ab, die sich hinsichtlich gemeinsamem Geld- und gemeinsamer Machtmitteln und -interessen längst gründlich geschieden haben und zerstritten sind.

Wie Trump mit seinem Programm ‚America first‘ ernst macht – und wie Europa sich dadurch herausgefordert sieht und daran zerstreitet, behandelt der Artikel:

Der Westen nach einem Jahr Trump Amerika macht Ernst - Europa zeigt Wirkung

weitere Themen:

Die Konkurrenz der Kapitalisten

II. Vermehrung des Kapitals:

Ausdehnung der Produktion und des Handels

Verstimmung zwischen dem deutschen Musterkonzern
und seinen Liebhabern:

Öffentliche Kritik und Antikritik am ‚Fall Siemens‘

Ein außerordentlicher Tarifkonflikt:

Arbeitgeber und Gewerkschaften kümmern sich um
‚Arbeitszeiten, die zum Leben passen‘

Fachkräftemangel: Das Unwort des Jahres

Parteitage im Zeichen eines systemeigenen
Widerspruchs:

Regieren und die parteilich interpretierte Unzufriedenheit des
regierten Volkes repräsentieren

Vorolympische öffentliche Gedankenspiele
Nord- und Südkorea unter olympischer Flagge vereint:

Wie finden wir das?

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Druckausgabe: 15 € - ISSN-Nr. 0941-5831 - E-Book (pdf, epub, mobi): 10 €

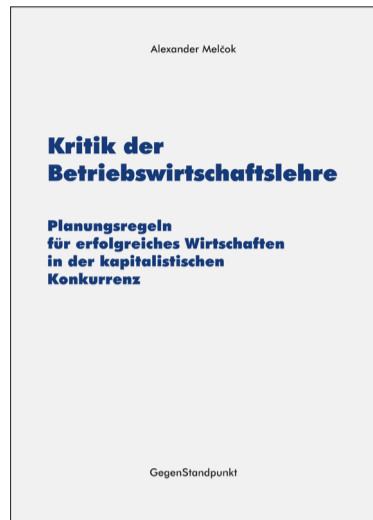
Bestellung beim Verlag und weitere Infos zur Zeitschrift: www.gegenstandpunkt.com

Ältere Ausgaben der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT sind dort frei recherchierbar.

Alexander Melčok

Kritik der Betriebswirtschaftslehre

Planungsregeln für erfolgreiches Wirtschaften in der kapitalistischen Konkurrenz



Wie begründet eigentlich eine Wissenschaft ihre Erkenntnisse,

- die sich als „Hilfswissenschaft für die unternehmerische Praxis“ versteht, mit „Planungs- und Entscheidungshilfen“ zur Beförderung des betrieblichen Erfolgs aufwartet, von dem sie weiß, dass er in „Gewinnmaximierung“ und sonst nichts besteht;
- die ansonsten Planung im Zusammenhang mit Wirtschaft für die Hölle und den „marktwirtschaftlichen Wettbewerb“ für einen Segen hält und die in diesem ‚Wettbewerb‘ stehenden Betriebe mit der Einsicht vertraut macht, dass sie sich zur Durchsetzung in demselben um die „Ergiebigkeit“ des „Produktionsfaktors Arbeit“ kümmern müssen;
- die dabei einfach davon ausgeht, dass es in der Macht der Eigentümer und Manager so eines Betriebs liegt, frei und im Interesse der Mehrung des Vermögens der ‚Shareholder‘ über diesen und alle anderen Produktionsfaktoren zu disponieren, und keinen Gedanken daran verschwendet, was das für Produktionsverhältnisse sind, die ihnen diese Macht verleihen;
- und die bei all dem einer Produktion, die erklärtermaßen vollständig dem Zweck der privaten Gewinnerwirtschaftung unterworfen ist, die Leistung bescheinigt, dass durch sie eine effiziente Versorgung der Gesellschaft mit „Gütern“ und überhaupt die „Bedürfnisbefriedigung“ in optimaler Weise vorgebracht werden?

Genau dieser Frage geht die vorliegende Schrift nach: Wie wird gedacht in einer akademischen Disziplin, die kapitalistische Ausbeutung als Lehrberuf im Angebot hat und sich damit allergrößter Nachfrage erfreut?

136 Seiten, 10 €, ISBN 978-3-929211-19-1

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag:
www.gegenstandpunkt.com

Das Buch ist auch als E-Book erhältlich: pdf 978-3-929211-96-2
 epub 978-3-929211-97-9
 mobi 978-3-929211-98-6

Abgasversuche der Autoindustrie an Menschen und Affen: Eine kleine Skandal-Kunde

Darf man Menschen zu Testzwecken giftige Abgase inhalieren lassen? Das darf man nicht nur, das *must man*: Schließlich werden nicht nur Testpersonen, sondern alle Mitglieder dieser Gesellschaft am Arbeitsplatz, im Straßenverkehr und nicht nur dort giftigen Stoffen und Chemieabfällen ausgesetzt. Da will der Staat wissen, in welcher Konzentration über welche Zeit mit welchen Folgen sie wirken: Wie viel von diesem oder jenem Gift hält der gesunde Normalmensch über längere Zeit aus? Das ermittelt die Wissenschaft an ihren Probanden. Die Ergebnisse solcher Forschung gehen in die politische Entscheidung über gesetzliche Grenzwerte ein, die die nötige Rücksicht auf das Überleben des Volkes und damit auf die Dauerhaftigkeit der schädigenden Geschäfte mit der Vergiftung versöhnen, die das Geschäft für seine Gesundheit einfach braucht.

Darf man Versuche in der vorgefassten Absicht durchführen, mit ihren Ergebnissen für die Unbedenklichkeit oder Förderlichkeit des eigenen Produkts zu werben? Man darf. Jeder macht's, der das braucht und kann, oft einfach, um den Warnern vor Risiken und Gesundheitsgefahren, die von diesem Produkt ausgehen, und deren Beweisen etwas entgegenzusetzen. Was relativiert eine kritische Studie besser als eine Gegenstudie? Egal, wie konstruiert die statistischen Beweise sind: Das eigene parteiliche Machwerk konkurriert mit der Studie der Kritiker und stellt sie auf dieselbe Stufe. Eine Rufschädigung des Auftraggebers ist mit derart

dienstestrukturiger Forschung nicht verbunden, im Gegenteil: Der Gesetzgeber dokumentiert die Gewissenhaftigkeit seiner Meinungsbildung, wenn er bei der Zulassung neuer Medikamente und Chemikalien oder der Festlegung von Grenzwerten neben den Ergebnissen staats-eigener Labore auch einander widersprechende private Testreihen berücksichtigt.

Darf man Affen, die mit dieser ganzen marktwirtschaftlichen Scheiße nun wirklich nichts zu tun haben, zu Testzwecken giftigen Stoffen aussetzen? Auch das darf man nicht nur, sondern man *must* es. Es wäre unverantwortlich, all die Risikostoffe, die in Umlauf gebracht werden, gleich an Menschen auszuprobieren, solange man die Folgen nicht wenigstens ungefähr abschätzen kann.

Ein empörender Skandal aber liegt vor, wenn man Affen *deutsche* Abgase einatmen lässt, damit der Diesel *clean* rüberkommt, von dem heute alle Welt weiß, dass er eben nicht sauber ist und die deutsche Autoindustrie sich betrügerisch über staatliche Grenzwerte hinweggesetzt hat. Im Nachhinein wird ruckbar, dass die Autokonzerne vor der Aufdeckung von Dieselgate das Übliche taten: Sie haben Unbedenklichkeitsbeweise für ihr inzwischen aber durch und durch diskreditiertes Produkt beschafft. Das, nur das ist Missbrauch der ethischen Wissenschaft und macht Tierversuche ethisch unerträglich: Affen in *Abgaskammern* – bei unserer deutschen Vergangenheit. Das geht gar nicht! ◀

Der deutsche Mülltrenner

durfte bis neulich noch daran glauben, mit der Gründlichkeit, die er beim Sortieren seiner Haushaltsabfälle walten lässt, seinen kleinen Beitrag zu Erhalt und Schutz der Umwelt zu leisten. Doch weil zu Jahresbeginn im fernen China ein Einfuhrstopp für Fremdmüll verhängt wurde, muss er sich nun von den Tagesthemen vorrechnen lassen, was für ein naiver Quatsch das immer schon gewesen ist:

„Die Weltmeere sind eine unserer Lebensquellen, und konsequent wie wir sind, verschmutzen wir sie entsprechend. Meeresschildkröten ersticken förmlich an Plastik, Fische und Schalentiere gehen ein ... von den unfassbaren 78 Millionen Tonnen Plastikmüll, die wir jährlich auf dem Planeten produzieren, [landet] fast ein Drittel unkontrolliert in der Umwelt... Jetzt werden Sie sagen ‚Schlimm, schlimm, aber ich trenne ja meinen Müll; mein Plastik wird recycelt, die anderen müssen eben was tun.‘ Aber ‚die anderen‘, das sind auch wir. Denn Deutschland exportiert jede Menge Plastikabfall, z.B. nach China. Die Chinesen aber wollen unseren Müll jetzt nicht mehr und sorgen damit für Erkenntnisse, die unser gutes Gewissen über den Haufen werfen.“
 (alle Zitate aus den Tagesthemen, 9.1.18)

Bei der ernüchternden Klarstellung, dass ambitioniertes Mülltrennen der Umwelt nichts nützt, bleibt es nicht. Der verantwortungsbewusste **deutsche Bürger** bekommt auch haarklein vorgeführt, woran sein Anliegen scheitert – was nämlich losgeht, wenn er den Deckel seiner Mülltonne mal zugeklappt hat:

Zunächst wird ihm erklärt, dass er, bzw. „wir“, die wir als „Deutschland“ ja nicht bloß Mülltrenner, sondern auch „die anderen“ sind, in Gestalt der deutschen **Entsorgungsindustrie** mit dem kostenlos vorsortierten Müll geschäftstüchtig kalkulieren: Anders als bei Papier und Glas ist seine Vorsortierung bei Plastikmüll leider nicht ‚sortenrein‘ genug, um ihn hierzulande unter Einsatz deutscher Hochtechnologie lohnend weiterzuverarbeiten, weswegen die Substanzen aus gelbem Sack und gelber Tonne entweder in der Müllverbrennung landen oder sich als „eine lukrative Einnahmequelle“ erweisen, indem sie in die Dritte Welt verschertelt werden. Bislang hauptsächlich nach China, „zuletzt 560 Tausend Tonnen Altplastik-Export, ohne dass jemand genau wusste, was damit passiert“. Bei den bereits ausgeloteten, vielversprechenden Alternativen „Vietnam, Indonesien oder Osteuropa“ weiß der Bericht allerdings genaue

Auskunft zu erteilen, wie die entscheidenden marktwirtschaftlichen Faktoren lauten, derentwegen man dort Lohnenderes mit ausgespülten Joghurtbechern anzufangen weiß als hierzulande: „Während die Sortierung einer Tonne Müll in Deutschland 90 € kostet, sind es beispielsweise in Rumänien nur etwa 10 €. Und: Es fehlt an Kontrollen.“ Dank der landestypischen Kombination aus „illegalen Mülldeponien“ und „niedrigen Arbeitskosten“ kann die dort ansässige Unternehmerrmafia die einträglichen Bestandteile des Plastikmülls recyceln und den Rest in der Landschaft herumliegen lassen – und so der deutschen Entsorgungsindustrie weiterhin ihr einträgliches Geschäft garantieren, deutschem Mindestlohn und deutschem Umweltschutz zum Trotz.

Gleich nachdem die schmutzigen Kalkulationen ins Bewusstsein gerufen sind, die zwischen seiner Mülltrennung und seinem Unvermögen, damit irgendeinen Beitrag zur sauberen Umwelt zu leisten, stehen, wird ihm die Perspektive präsentiert, die er – deswegen! – im Hinblick auf ebendiese Kalkulationen einnehmen soll: Die Plastikmüllgeschäfte müssten sich gleich in Deutschland lohnend abschließen lassen. Würde man die **deutsche produzierende Industrie** zu einer umweltschonenden Verhaltensänderung erziehen, nämlich dazu, „mehr recycelte Materialien einzusetzen“, würde das auch „die Recycler dazu ... bringen, bessere Qualität anzubieten“. Wie man dann erfährt, liegt der Grund dafür, dass das produzierende Gewerbe bislang nicht auf das Recyclingplastik heimischer Anbieter zurückgreift, wiederum in derselben schneidenden Kostenfrage: Es ist ihm einfach zu teuer.

Umweltschützer wie -verseucher kommen zu Wort, um die Lösung für dieses Problem zu präsentieren: Hier ist der **deutsche Gesetzgeber** gefragt. Könnte der nicht einfach „für jeden Produktionsprozess [einen] Mindestsatz an Recyclingrohstoffen“ vorschreiben oder beschließen, „bei der Beschaffung – da könnte die öffentliche Hand vorangehen – nehmen wir alleine Produkte, die aus einem Recyclingverfahren stammen“? Mit einem zielgerichteten Eingriff staatlicher Gewalt wären Geschäft und Umwelt doch wohl zu versöhnen: „So schafft man Markt, so schafft man Nachfrage und so haben Recyclingrohstoffe eine Chance.“ Schon wäre die Welt wieder ein Stückchen besser – und um eine deutsche Geldquelle reicher. ◀

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

farbeROT lädt zur Diskussion mit Redakteuren der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ein

Für alle, die offen gebliebene Fragen aus unseren Veranstaltungen diskutieren wollen, und für Leute, denen die in der Öffentlichkeit verbreiteten Argumente zu den Vorzügen und Sachzwängen unserer Wirtschaftsweise sowie zur deutschen Innen- und Weltpolitik nicht (mehr) einleuchten, bieten wir diesen Diskussionstermin an.

- Ort: Studierendenhaus Campus Bockenheim
 Jügelstraße 1, Frankfurt
- Raum: K1, K2, K3 (erster Stock) oder K4 (zweiter Stock)
- Zeit: jeweils Donnerstag, 19 Uhr
- Termine: Termine, Themen und Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht
- Veranstalter: **farbeROT**
 Informationen zu weiteren Städten auf www.gegenstandpunkt.com/sonstiges/jour-fixe